

Chronik der Zeit

6. Oktober bis 5. November 1990

8. 10. - Naher Osten. In der Altstadt von Jerusalem kommt es zu einem schweren Zwischenfall, bei dem mehr als 20 Palästinenser von israelischer Polizei erschossen und mehr als 140 verletzt werden. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verurteilt am 12. 10. in einer Resolution (Text in „Blätter“, 11/1990, S. 1399) die „Gewaltakte“ der israelischen Sicherheitskräfte und fordert „die Besatzungsmacht Israel auf, sich peinlich genau an ihre gesetzlichen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten“ nach der Genfer Konvention über den Schutz der Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten zu halten. Der UN-Generalsekretär wird beauftragt, eine Mission in die Region zu entsenden und darüber einen Bericht vorzulegen. Der Resolution stimmen auch die USA zu, die in der Vergangenheit eine Verurteilung Israels durch ein Veto verhindert hatten. Die israelische Regierung bedauert am 16. 10. in einer Stellungnahme „den traurigen Zwischenfall an der Klagemauer und auf dem Tempelberg“, weist jedoch die Beschlüsse des Sicherheitsrates zurück. Gleichzeitig schreibt Ministerpräsident Schamirin einem Brief an Präsident Bush, Israel könne keine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten dulden und werde mit der UN-Mission nicht zusammenarbeiten. - Am 14. 10. dementiert die irakische Regierung ausländische Berichte, der Irak sei unter bestimmten Bedingungen zur Räumung von Teilen Kuwaits bereit. In einer Meldung der irakischen Nachrichtenagentur INA heißt es: „Kuwait war irakisches Land und wird es immer sein.“ - Am 17.10. erklärt Außenminister Baker vor dem Auswärtigen Ausschub des Senats, die USA strebten in der Golfregion nach einer „friedlichen politischen und diplomatischen Lösung“, könnten aber „die Möglichkeit des Einsatzes von Gewalt nicht ausschließen“. - Am 25. 10. kündigt das Verteidigungsministerium in Washington eine massive Verstärkung der amerikanischen Truppen in der Golfregion an; die gegenwärtige Stärke wird mit 210 000 Mann angegeben. - Am 29. 10. verlangt der Sicherheitsrat erneut den Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait und macht den Irak für alle durch die Invasion verursachten Schäden haftbar. Die entsprechende Reso-

lution wird mit 13 von 15 Stimmen bei zwei Enthaltungen (Kuba und Jemen) angenommen. Auf Antrag der sowjetischen UN-Vertretung war die zunächst für den 27. 10. angesetzte Abstimmung vertagt worden, um das Ergebnis der Reise des Sondergesandten Primakow abzuwarten. Primakow hatte im Auftrag von Präsident Gorbatschow in Bagdad und in anderen Hauptstädten der Region Möglichkeiten für eine friedliche Lösung des Konflikts sondiert. - Am 5. 11. tritt der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale und SPD-Ehrenvorsitzende Brandt eine Reise nach Bagdad an. In Bonn heißt es dazu, Brandt reise ohne offiziellen Auftrag und wolle mit der irakischen Führung sowohl über die Freilassung von Geisern als auch über eine Friedenslösung im Nahen Osten sprechen.

9. 10.- UdSSR. Der Oberste Sowjet verabschiedet in Moskau ein Gesetz, das die Bildung politischer Parteien und Vereinigungen regelt. Der damit beschlossenen Einführung des Mehrparteiensystems war eine kontroverse Debatte vorausgegangen. - Am 19. 10. billigt das Parlament mit 333 gegen 12 Stimmen bei 34 Enthaltungen das von Präsident Gorbatschow vorgelegte Programm zur Stabilisierung der Wirtschaft und für den Übergang zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung. In seiner Begründung hatte Gorbatschow u. a. erklärt, das bisherige administrative Kommandosystem habe sich verheerend auf die Volkswirtschaft ausgewirkt. Eines der Ziele der Wirtschaftsreform sei die Konvertibilität des Rubel. —Am 21. 10. schließen sich in Moskau mehrere Parteien zu einer Bewegung „Demokratisches Rußland“ zusammen. Auf dem Gründungskongreß sind 1300 Delegierte vertreten. -Am 25. 10. proklamiert der Oberste Sowjet der Sowjetrepublik Kasachstan in Alma-Ata die Souveränität der Republik. Die Abgeordneten wenden sich gleichzeitig gegen die Fortsetzung von Atomversuchen auf dem Testgelände von Semipalatinsk.

12. 10. - BRD/UdSSR. Bundesaußenminister Genscher und der sowjetische Botschafter Terechow unterzeichnen in Bonn einen „Vertrag über die Bedingungen des befristeten Au/-

enthalt und die Modalitäten des planmäßigen Abzuges der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland". Der Vertrag regelt den Status der auf dem Gebiet der früheren DDR verbleibenden sowjetischen Truppen, deren Abzug „etappenweise spätestens bis Ende des Jahres 1994 beendet" werden soll. In einem Abkommen vom 9. 10. hatte sich die Bundesrepublik verpflichtet, für Aufenthalt und Abzug der Truppen einen Betrag von zwölf Mrd. DM und einen zinslosen Kredit über drei Mrd. DM mit einer Laufzeit von fünf Jahren bereitzustellen. Ein Teil dieser Mittel ist lt. Abkommen „ausschließlich zweckgebunden für Wohnungsbauprojekte" im europäischen Teil der UdSSR bestimmt.

14. 10. -Bayern. Die alleinregierende CSU unter Ministerpräsident Max Streibl kann bei der Landtagswahl ihre absolute Mehrheit verteidigen. Die FDP kehrt in das Landesparlament zurück, die Republikaner scheitern mit 4,9% an der Fünf-Prozent-Klausel. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis entfallen (Angaben in %) auf die im Landtag vertretenen Parteien: CSU 54,9 (1986: 55,8), SPD 26,0 (27,5), Grüne 6,4 (7,5), FDP 5,2 (3,8). Die Wahlbeteiligung beträgt 60 (70,1) %. Zusammensetzung des neuen Landtags (204 Abgeordnete): CSU 127 (128), SPD 58 (61), Grüne 12 (15), FDP 7 (0). (Zu den Ergebnissen der Wahl vom 12. Oktober 1986 vgl. „Blätter", 1/1987, S. 127.)

- Brandenburg. Die Sozialdemokraten gehen als stärkste Partei aus der Landtagswahl hervor, die Grünen scheitern mit 2,8% der Stimmen an der Fünf-Prozent-Klausel. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis entfallen (Angaben in %) auf die im Landtag vertretenen Parteien: SPD 38,3, CDU 29,4, PDS 13,4, FDP 6,6, Bündnis 90 6,4. Die Wahlbeteiligung beträgt 67,4% gegenüber 93,5% bei der Volkskammerwahl (März 1990). Zusammensetzung des neuen Landtags (88 Abgeordnete): SPD 36, CDU 27, PDS 13, FDP 6, Bündnis 90 6. Der Landtag wählt am 1. 11. den evangelischen Konsistorialpräsidenten Manfred Stolpe (SPD) mit 58 von 85 Stimmen zum Ministerpräsidenten. Stolpe steht an der Spitze einer Koalitionsregierung von SPD, FDP und Bündnis 90. Zur Landeshauptstadt wird Potsdam bestimmt.

— Mecklenburg-Vorpommern. Bei den Landtagswahlen wird die CDU stärkste Partei. Die Grünen, das Neue Forum und Bünd-

nis 90, die getrennt kandidiert hatten, scheitern an der Fünf-Prozent-Klausel. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis entfallen (Angaben in %) auf die im Landtag vertretenen Parteien: CDU 38,3, SPD 27,0, PDS 15,7, FDP 5,5. Die Wahlbeteiligung beträgt 65,2% gegenüber 92,9% bei der Volkskammerwahl (März 1990). Zusammensetzung des neuen Landtags (66 Abgeordnete): CDU 29, SPD 21, PDS 12, FDP 4. CDU und FDP einigen sich auf eine Koalition. Der Landtag wählt am 26. 10. den Hochschullehrer Alfred Gomolka (CDU) mit 36 von 66 Stimmen zum Ministerpräsidenten. Zur Landeshauptstadt wird Schwerin bestimmt.

- Sachsen. Die CDU erringt bei den Landtagswahlen die absolute Mehrheit. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis entfallen (Angaben in %) auf die im Landtag vertretenen Parteien: CDU 53,8, SPD 19,1, PDS 10,2, Bündnis 90/Grüne 5,6, FDP 5,3. Die Wahlbeteiligung beträgt 73,5% gegenüber 93,6% bei der Volkskammerwahl (März 1990). Zusammensetzung des neuen Landtags (160 Abgeordnete): CDU 92, SPD 32, PDS 17, Bündnis 90/Grüne 10, FDP 9. Der Landtag wählt am 27. 10. den früheren CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf mit 120 gegen 10 Stimmen bei 21 Enthaltungen zum Ministerpräsidenten. Das neue Bundesland gibt sich den Namen „Freistaat Sachsen", zur Landeshauptstadt wird Dresden bestimmt.

- Sachsen-Anhalt. CDU und FDP erreichen bei den Landtagswahlen die Mehrheit und bilden eine Koalitionsregierung. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis entfallen (Angaben in %) auf die im Landtag vertretenen Parteien: CDU 39,0, SPD 26,0, FDP 13,5, PDS 12,0, Bündnis 90/Grüne 5,3. Die Wahlbeteiligung beträgt 65,6% gegenüber 93,4% bei der Volkskammerwahl (März 1990). Zusammensetzung des neuen Landtags (106 Abgeordnete): CDU 48, SPD 27, FDP 14, PDS 12, Bündnis 90/Grüne 5. Der Landtag wählt am 28. 10. den CDU-Spitzenkandidaten Gerd Gies mit 59 von 106 Stimmen zum Ministerpräsidenten; auf den vom Bündnis 90/Grüne nominierten Gegenkandidaten Hans-Jochen Tschiche entfallen 30 Stimmen. Zur Landeshauptstadt wird Magdeburg bestimmt.

- Thüringen. Die CDU verfehlt bei den Landtagswahlen knapp die absolute Mehrheit. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis entfallen (Angaben in %) auf die im Landtag vertretenen Parteien: CDU 45,4, SPD 22,8, PDS

9,7, FDP 9,3, Bündnis 90/Grüne 6,5. Die Wahlbeteiligung beträgt 72,1% gegenüber 94,5% bei der Volkskammerwahl (März 1990). Zusammensetzung des neuen Landtags (89 Abgeordnete): CDU 44, SPD 21, PDS 9, FDP 9, Bündnis 90/Grüne 6. CDU und FDP kündigen die Bildung einer Koalition an.

15.10.- Norwegen. Das Nobelkomitee des Parlaments verleiht den Friedensnobelpreis 1990 an den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow. In der Begründung heißt es, Gorbatschow werde für „seine führende Rolle im Friedensprozeß, der heute wichtige Teile der internationalen Gemeinschaft prägt“, ausgezeichnet.

19. 10. - KSZE. Die Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beenden in Palma de Mallorca (Spanien) ein Treffen über den Mittelmeerraum (Beginn 24. September d. J.; zum Mandat vgl. „Blätter“, 3/1989, S. 382). Spanien und Italien hatten während des Treffens vorgeschlagen, den KSZE-Prozeß auch auf den Mittelmeerraum auszudehnen und im Jahre 1992 eine „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum“ (KSZM) einzuberufen.

24. 10.- EG. Das Europäische Parlament beschließt in Straßburg „Übergangsbestimmungen“ für 18 Beobachter „aus dem Gebiet der ehemaligen DDR“. Die Entscheidung fällt mit 346 gegen 19 Stimmen bei vier Enthaltungen. In einem neu eingefügten Artikel der Geschäftsordnung heißt es: „Diese Beobachter nehmen ohne Stimm- und Wahlrecht an den Arbeiten des Parlaments teil.“ - Vom 27.-28. 10. erörtert der „Europäische Rat“ der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften in Rom den Stand der Vorarbeiten für die geplanten Regierungskonferenzen über die politische Union sowie über die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Der Beginn der zweiten Stufe der WWU wird auf den 1. Januar 1994 festgesetzt. Die britische Delegation wendet sich gegen diesen Termin.

24.-25. 10.- Balkan. Die sechs Balkanstaaten Albanien, Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und Türkei halten in der albanischen Hauptstadt Tirana ihre zweite Außenministerkonferenz ab (zur ersten Konferenz vgl. „Blätter“, 3/1988, S. 390). In einem gemeinsamen Abschlusdokument verpflichten

sich die Teilnehmer u. a., den Angehörigen nationaler Minderheiten in ihren Ländern im Rahmen der Verfassung alle individuellen und bürgerlichen Rechte zu gewähren. Der Antrag Albaniens auf Vollmitgliedschaft in der KSZE wird von der Konferenz unterstützt.

29. 10. - Frankreich/UdSSR. Die Präsidenten Mitterrand und Gorbatschow unterzeichnen auf Schloß Rambouillet bei Paris einen Vertrag über Verständigung und Zusammenarbeit. In dem Abkommen, das eine Laufzeit von zehn Jahren hat, befürworten beide Seiten die Einbindung ihrer bilateralen Beziehungen in den gesamteuropäischen Prozeß mit dem Ziel einer europäischen Konföderation. Im Falle einer Bedrohung des Friedens, der eigenen Sicherheitsinteressen oder „internationaler Spannungen“ sollen Konsultationen aufgenommen werden.

30. 10.— Ungarn. Das Parlament entscheidet sich einstimmig für den Beitritt des Landes zum Europarat. Die Regierung wird bevollmächtigt, die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 zu unterzeichnen.

1. 11.- Großbritannien. Der stellvertretende britische Premierminister und frühere Außenminister Geoffrey Howe verläßt das Kabinett. In seinem Rücktrittsschreiben erklärt Howe, die Differenzen mit Premierministerin Thatcher über die Europapolitik machten sein weiteres Verbleiben in der Regierung unmöglich. Howe weist auf die ablehnende Haltung der Premierministerin gegenüber der geplanten Währungsunion hin.

3. 11. - Warschauer Vertrag. Die Außenminister der sechs Mitgliedstaaten (Bulgarien, CSFR, Polen, Rumänien, UdSSR und Ungarn) unterzeichnen in Budapest einen Vertrag über die nationalen Obergrenzen der konventionellen Bewaffnung in ihren Ländern. Die Vereinbarung ist eine der Voraussetzungen für den erfolgreichen Abschluß der im Rahmen der KSZE geführten Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte (VKSE). Der stellvertretende sowjetische Außenminister Kwi-zinski erklärt in einem Interview mit dem ungarischen Rundfunk, das östliche Bündnis werde sich parallel zur Errichtung eines neuen europäischen Sicherheitssystems von einer Militärorganisation in ein beratendes politisches Organ umwandeln.